

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis monatlich durch die Post bezogen 40 Pf. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

# Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die 3gepalt. Zeile. Geschäftsanzeigen werden nicht angenommen.

## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postfachkonto: Nr. 358 15 Postfachamt Hannover.

Verlag von H. Weg. Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prill, Hannover. Redaktionschluss: Freitag morgen 9 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaistr. 7, 2. St. - Fernsprech-Anschluss Nord 3002.

### Augen auf!

(Ein Beitrag zum Einheitsfront-Schwindel der KPD.)

Heute Parole: „Raus aus den Gewerkschaften“. Morgen Parole: „Rein in die Gewerkschaften“.

Diese Gegenüberstellung zeigt in aller Schärfe die Stellung der kommunistischen Partei zur Gewerkschaftsbewegung. Zu der Zeit, als sich die KPD. in dem Wahn befand, die gesamte deutsche Arbeiterklasse unter dem Zeichen Sichel und Hammer ins Elend führen zu können, glaubt sie sich auch stark genug, eigene kommunistische Gewerkschaften zu gründen. Zur hellen Freude der Unternehmer führten in verschiedenen Industriezweigen die Moskauer-Schwinge das Verbrechen der Spaltung. Besonders der Fabrikarbeiterverband, dessen Mitgliedschaft sich überwiegend aus ungelerten Arbeitern zusammensetzt, wurde zum Befähigungsfeld dieser Verbrechertaktik auserkoren. Der Erfolg war die Gründung des Chemiearbeiter-Verbandes, ein Gebilde, das lediglich dazu bestimmt war, unter dem Deckmantel einer Gewerkschaft kommunistische Putschparolen unter die Arbeitermassen zu werfen. Über die „Erfolge“ dieses Moskauer-Sänglings sei der Mantel der Nächstenliebe gedeckt.

Trotz der schärfsten Bemühungen, verbunden mit ausreichender materieller Unterstützung in Form von Sowjetrubeln blieb das Wachstum dieses Sänglings gleich Null, es sei denn, daß man die ständige Vergrößerung seines Wasserkopfes als Wachstum bezeichnen wollte. Die Tatsache, daß die Gewerkschaften immer mehr und mehr das Vertrauen der Arbeitermassen zurückgewinnen, veranlaßte die KPD. zur Herausgabe eines Befehles, der jedem Mitglied die Pflicht auferlegte, bis zu einem bestimmten Zeitpunkt wieder Mitglied einer freien Gewerkschaft zu werden. Die Nichtbefolgung dieses Befehles durch die Mehrzahl der Anhänger der KPD. ist ein erneuter Beweis dafür, daß die KPD. jeden inneren Halt in der Arbeiterklasse verloren hat. Zur Bewandlung ihres Mißerfolges bei der Gründung kommunistischer Gewerkschaften und zur Begründung der damit verbundenen Schankelpolitik sollte die Parole: Herstellung der Gewerkschaftseinheit dienen. Daß es aber den Predigern dieser Parole gar nicht um die Herstellung der Einheit, um die Stärkung der Gewerkschaften zu tun ist, kann an ungezählten Beispielen und an Hand verschiedener KPD.-Rundschreiben bewiesen werden. Nicht der Gedanke: durch Zusammen-schweißung aller Proletarier in den Reihen der freien Gewerkschaften dem Kapital ein unüberwindliches Bollwerk entgegen zu stellen, war maßgebend für die Ausgabe dieser Einheitsparole. Der Parole liegt vielmehr die Absicht zugrunde, durch befehlsmäßige Mitgliedschaft der KPD.-Mitglieder und -Anhänger erneut die Jellensbildung betreiben zu können, um die Gewerkschaften wiederum als Versuchskaninchen für sinnlose Parolen zu benutzen.

Nach außen hin und für die Dummheit Parole: Einheitsfront. In Wirklichkeit der Plan: durch erneute Wählerarbeit die Gewerkschaften zu zerlegen und den Anführern des Kapitals gegenüber ohnmächtig zu machen. Die KPD. braucht eben, um lebensfähig zu bleiben, Elend und Not.

Ein Beweis für die Heuchelei dieser Einheitsprediger:

Sehnucht nach einem Wenzelsessel und Sehnsucht danach, die Fabrikarbeiter zu „holschweifern“, veranlaßte im Frühjahr 1923 einige Oppositionelle unter Führung eines Ausgeschlossenen zur Spaltung der Zehnstelle Stuttgart des FAW. zu schreiben. Die schwere Geburt des Industrieverbandes der Chemie war die Folge. Wir wollen die feitherrige „erfolgreiche Tätigkeit“ dieses kommunistischen Vereins keiner Prüfung unterziehen, denn allein der Gedanke an verschiedene Selbstenfremd das Gefühl des Schens.

Da nun nach und nach im Lager dieses Vereins die Erkenntnis sich Bahn bricht, daß das Verbrechen der Spaltung nur den Unternehmern Vorteile gebracht hat, die Chemiearbeiter aber gewaltig schädigte, drängen die vernünftigen Mitglieder zur Rückkehr zum FAW. Die Leitung des Chemiearbeiter-Verbandes versucht nun unter Aufsicht der KPD. den Übertritt zu verhindern, denn von der ganzen erträumten Herrlichkeit würden in diesem Falle nur die arbeitslosen Wenzel des CHAW übrig bleiben. Und gerade diese müssen nach Ansicht der kommunistischen Oberbongon die Mitgliedschaft im FAW. erhalten. Durch ihre feitherrige Tätigkeit haben sie ja den Beweis erbracht, daß sie eifrig an der „holschweifern der Proletariermassen“ arbeiten wollen und daher auch dafür geeignet sind, jede Parole (und sei es auch der größte Blödsinn) der Ruth Fischer zu fressen. Also nicht die Absicht, durch Rückkehr zum FAW. eine Einheitsfront gegen die Chemiegewaltigen herzustellen, veranlassen die Führer des CHAW., die Einigungsfrage erneut in der Öffentlichkeit zu behandeln. Lediglich der Gedanke, die wegen Hezerei und Wählerlei Ausgeschlossenen erneut in die Lage zu versetzen, als Mitglieder des FAW. die alte Zerlegung- und Spaltungsarbeit in den Mitgliederversammlungen des FAW. betreiben

zu können, veranlaßt diese Heiden zum Ausstoß des Schreies: Gewerkschaftseinheit.

Als Woff im Schafspelz versuchte man zunächst, Mitglieder des FAW. in Vorspann für diese Art von Einigungsarbeit zu gewinnen. Man ließ neutrale Kommissionen wählen, um die Leitung des FAW. zu Einigungsverhandlungen zu zwingen. Tag für Tag erschienen stammende Aufrufe in der kommunistischen Tagespresse unter der Parole: Her mit der Gewerkschaftseinheit. Zu gleicher Zeit aber beschimpfte man diejenigen, mit denen man sich vereinigen wollte, als Verräter

## Besucht die

vom 28. April bis 15. Mai 1925 in Berlin in den Landesausstellungshallen am Lehrter Bahnhof stattfindende

# Heimarbeits-Ausstellung!

Eintrittskarten sind zum ermäßigten Preise von 20 Pf. von unserer Zahlstelle Berlin erhältlich. Die Ausstellung ist geöffnet von 10 Uhr vormittags bis 9 Uhr abends.

afw. Nur wenige Tage genügen, um die Mitglieder des FAW. von der Unrechlichkeit der Führer des CHAW. zu überzeugen. Die Wenigen, die im ehelichen Bestreben die Einigung herbeizuführen im Anfang Mitglied einer solchen Einigungskommission geworden sind, haben sich heute zurückgezogen.

Da die Dinge nun auf diese Art nicht gehen (weil sich keine Dumme finden), versucht die KPD., die im FAW. organisierten Kommunisten zu zwingen, in den Mitglieder-Versammlungen des FAW. die notwendige Einigungsarbeit zu verrichten. Wie sich die Häuptlinge des CHAW. und der KPD. die Dinge vorstellen, geht aus einem Rundschreiben hervor, das wenige Tage vor Staffinden der Quartals-Generalversammlung des FAW. Stuttgart an die Opposition zur Versendung gelangte.

Es lautet:

Stuttgart, den 16. April 1925.

Werter Genosse!

Am 5. Juli d. J. findet nach längerer Pause wieder der Verbandstag des FAW. statt. Der kommende Verbandstag ist für die gesamte Fabrikarbeiterchaft von viel größerer Bedeutung als alle bisherigen Verbandstage. Steht doch zur Zeit im Vordergrund die Herstellung der Gewerkschaftseinheit. Unsere Genossen haben den Vorarbeiten des Verbandstages die größte Aufmerksamkeit zu schenken.

Die Vereinigung des Chemiearbeiter-Verbandes mit dem FAW. wird unter viel größeren Schwierigkeiten erfolgen als in den übrigen Verbänden. Die reaktionäre Einstellung des Hauptverbandes vom FAW. kann nur gebrochen werden, wenn ein starker Druck aus der Mitgliedschaft vorhanden ist. Bereits hat sich in Feuerbach eine Kommission aus Mitgliedern des FAW. und des Chemiearbeiter-Verbandes gebildet, die die Herstellung der gewerkschaftlichen Einheit zum Ziel gesetzt hat.

Die Bestrebungen dieser Kommission werden am besten dadurch unterstützt, wenn alle Zahlstellen des FAW. zum Verbandstag Anträge stellen, daß der Hauptverband des FAW. sofort in Verhandlungen mit dem Chemiearbeiter-Verband einzutreten hat.

Die Generalversammlung der Zahlstelle Stuttgart des FAW. findet am kommenden Sonntag, dem 19. April, in Feuerbach statt. Genossen und Genossinnen! Es ist eure Pflicht, daß ihr reiflos in diese Generalversammlung geht. Wenn ihr eurer Parteipflicht nachkommt, besteht die Möglichkeit, ausschließlich der Stärke unserer Fraktion (60 Genossen), daß wir die Generalversammlung vollständig beherrschen. Es sind Genossen bestimmt, die Anträge zu stellen haben. Diese Anträge müssen unter allen Umständen durchgebracht werden.

Wir werden eine Kontrolle ausüben, wer unserer Aufforderung nachgekommen ist. Jeder, der dieses Schreiben erhält, ist dadurch verpflichtet, von der Parteileitung, die Generalversammlung in Feuerbach zu besuchen. Deshalb muß bei jedem Genossen am Sonntag die Parole lauten:

„Auf zur Generalversammlung des FAW. nach Feuerbach!“

Mit kommunistischem Gruß KPD. Bez. d. Gewerkschafts-Abteilung.

Bemerkt sei zunächst, daß in der fraglichen Versammlung die Opposition kläglichen Schiffbruch mit der Einbringung und Durchdrückung ihrer Anträge erlitten hat. In der Einigungs-

frage wurde die nachfolgende Entschlieung gegen wenige Stimmen angenommen. Der Antrag der Opposition gelangte nicht zur Abstimmung. Da die Trauben zu hoch hingen, brachte die Opposition weitere Anträge überhaupt nicht ein, obwohl eine Reihe Anträge auf Befehl der KPD. gestellt werden sollten. Die Entschlieung hat folgenden Wortlaut:

1. Es steht jedem Mitgliede des Industrie-Verbandes frei, unter voller Anerkennung der Statuten des FAW. zu dem zurückzukehren.

2. Diejenigen Mitglieder des Industrie-Verbandes, welche gegen die Statuten des FAW. ausgeschlossen worden sind, haben den Bestimmungen dieser Statuten entsprechend bei den zuständigen Instanzen um ihre Wiederaufnahme in den FAW. nachzujuchen.

3. Die Ortsverwaltung wird erneut beauftragt, weitere Versuche zur Einigung im Sinne des Absatzes 1 und 2 zu unternehmen.

Vor der Abstimmung über diese Entschlieung wurde kein Zweifel darüber gelassen, daß diejenigen, die das Verbrechen der Spaltung begangen haben, nicht in Betracht kommen können.

Klar und deutlich geht aus dem Rundschreiben der KPD. der eigentliche Zweck des Einigungsrummels hervor. Deshalb Augen auf!

Sorge jeder bei der Wahl der Verbandsdelegierten dafür, daß die Opposition eine vernichtende Niederlage erleidet. Kein Vertreter der Opposition darf ein Mandat zum Verbandsstag erhalten. Walter Jschille, Stuttgart.

### Kundgebung der Gewerkschaften.

Die unterzeichneten Organisationen haben an die Reichsregierung, den Reichstag und die Regierungen der Länder am 23. April folgendes Schreiben gerichtet:

Die nachteiligen Folgen des verlorenen Krieges lassen besonders schwer auf den breiten Massen der Hand- und Kopfarbeiter, den Arbeitern, Angestellten, Beamten und gemeinwerbenden Mietern, die trotz erheblicher Verminderung ihres Realinkommens wesentlich höhere Ausgaben für die notwendigen Lebensbedürfnisse zu leisten haben als in der Vorkriegszeit. Jede weitere Ausgabensteigerung ohne eine gleichzeitige Erhöhung des Realinkommens verschlechtert die Lebenshaltung dieser Kreise und geht somit auf Kosten ihrer Arbeitskraft — ganz zu schweigen von der besonderen Not der Erwerbslosen, Sozialrentner, Kriegsbeschädigten, Kriegeshinterbliebenen, Kleinfrentner, Kinderreichen usw. Verstärkt wird die Not der mittellosen erwerbstätigen Bevölkerung durch die starke Anspannung der direkten und indirekten Steuern, wie sie in der letzten Zeit erfolgt ist.

Unter diesen Umständen muß von diesen Kreisen jede nicht unbedingt notwendige Steigerung der Ausgaben ferngehalten werden, und zwar um so mehr, als der Reichswirtschaftsminister erst vor einigen Tagen im Haushaltsansatz des Reichstages erklärt hat, daß bei weiteren Lohn erhöhungen die Frage der Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie ausblaggebend ins Gewicht fallen müsse.

In stärkstem Widerspruch hierzu steht das Bestreben der Reichsregierung, in verhältnismäßig kurzer Frist die Friedensmiete wiederherzustellen, teils zur Befriedigung der Finanzbedürfnisse der öffentlichen Haushalte, teils zur Steigerung des Anteils des Hausbesitzes an der Miete.

Demgegenüber erklären die unterzeichneten Organisationen,

1. daß der Ausgleich der öffentlichen Haushalte durch stärkere Heranziehung des Vermögens und der höheren Einkommen herbeigeführt werden muß;
2. daß aus der Miete nur Mittel für den Wohnungsaufbau und für die Erhaltung der Altmwohnungen aufgebracht werden dürfen, und zwar unter Schonung zahlungschwacher und zahlungsunfähiger Mieter;
3. daß die Hausrente nach dem Wegfall des weitaus größten Teiles der Hypothekentlasten nicht auf Kosten der Miete weiter gesteigert werden darf;
4. daß jede Steigerung der Miete, die vorwiegend der Erhöhung der Grundrente dient, als weitere einseitige Belastung der deutschen Wirtschaft zugunsten der kleinen und durch die wirtschaftlichen Verhältnisse bereits besonders begünstigten Gruppe der Grund- und Hausbesitzer wirkt und damit die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft vermindert;
5. daß eine weitere Mieteerhöhung zur Zeit für die größte Zahl der Mieter untragbar, außerdem aber bei Beachtung der oben aufgestellten Gesichtspunkte auch wirtschaftlich nicht gerechtfertigt ist.

Die unterzeichneten Organisationen fordern von der Reichsregierung, dem Reichstag, den Regierungen der Länder und den Parlamenten, daß sie den obigen volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten Rechnung tragen.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund. Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamten-Verbände. Allgemeiner Deutscher Beamtenbund. Deutscher Gewerkschaftsbund. Allgemeiner freier Angestelltenbund. Reichsbund deutscher Mieter e. V.

### Jahresbericht des Gaus 4 über das Jahr 1924.

Das Jahr 1924 war für uns ein Kampfsjahr mit den Unternehmern und Behörden, worauf wir noch näher eingehen. Wenn die Unternehmer in den verschiedenen Industrien innerhalb unseres Bezirks so angriffslos waren, so lag das zum Teil mit an der Haltung und Einstellung der Arbeiterschaft.

Es ist nicht ganz erklärlich, wenn die Unternehmer sich für den Lohnabbau einziehen, weil sie wissen, daß ihre Leute einer Gewerkschaft nicht angehören? Statt auf die Unternehmer zu schimpfen, wäre es schon besser, die Arbeiterschaft würde sich organisieren.

Wir wollen nun zunächst die Lohnbewegungen Revue passieren lassen.

Die größten Schwierigkeiten hatten wir mit den Unternehmern der Papierindustrie. Als diese Herren am Schluß des Jahres 1923 vor dem Tarifamt ihren Willen nicht bekamen, da ließen sie hinter unserem Rücken den amtlichen Schlichtungsausschuß Stolp in Pommern an. Dieser Schlichtungsausschuß wurde von den Unternehmern nur deshalb angefaßt, weil in Hinterpommern die Mehrheit der Papierarbeiter ist. In Wirklichkeit jedoch, weil er als rückständig bekannt ist. Weil wir die Einleitung zu spät erhielten, konnten wir nicht an der Schlichtungsausschussung teilnehmen.

Die größten Schwierigkeiten hatten wir mit den Unternehmern der Papierindustrie. Als diese Herren am Schluß des Jahres 1923 vor dem Tarifamt ihren Willen nicht bekamen, da ließen sie hinter unserem Rücken den amtlichen Schlichtungsausschuß Stolp in Pommern an. Dieser Schlichtungsausschuß wurde von den Unternehmern nur deshalb angefaßt, weil in Hinterpommern die Mehrheit der Papierarbeiter ist. In Wirklichkeit jedoch, weil er als rückständig bekannt ist. Weil wir die Einleitung zu spät erhielten, konnten wir nicht an der Schlichtungsausschussung teilnehmen.

Im Juni verlangten die Unternehmer wieder einen Lohnabbau von 10 Prozent. Als die Instanzen keinen Spruch fällten, gingen 3 Betriebe dazu über, mit Gewalt Abzüge zu machen. 2 Firmen schlossen einfach die Betriebe, während der größte Betrieb in unserem Bezirk mit Hilfe der Gelben es fertig brachte, einen Lohnabbau von 10 Prozent durchzusetzen, da sonst die Fabrik geschlossen würde.

Diese Drohung half, und die Arbeiter schimpften... und fügten sich. Dieser große Betrieb, der ausnahmslos für die Papierindustrie ist, war uns bei allen Verhandlungen ein Hindernis, weil die Leute in ihrer großen Mehrheit unorganisiert waren. In der Papierindustrie ist also Wahrheit, was wir schon einleitend sagten: Die Arbeiter selbst waren daran schuld, daß die Unternehmer ihnen so etwas zu bieten wagten.

In der Zuckerindustrie waren fast dieselben Widerstände wie in der Papierindustrie zu überwinden, besonders in der pommerschen Zuckerindustrie. Immerhin gelang es uns hier, nicht nur Verschleissstrungen abzuwehren, sondern trotz aller Schwierigkeiten Lohnerhöhungen zu erreichen.

In der chemischen Industrie Pommerns erfolgte nur vorübergehend ein kleiner Lohnabbau. In der Seifen- und Glasindustrie dagegen nicht. Die chemische Industrie Mecklenburgs, welche der Hamburger Chemie angegliedert ist, machte uns außerordentliche Schwierigkeiten. Alle Lohnabschlüsse in der chemischen Industrie, Sektion III b, brachen für die Orte in Mecklenburg nicht den Lohn, den die übrigen Arbeiter an Orte hatten. Es lagen deshalb auch stets Anträge auf Ortsklassenübertragung vor. Solche Anträge waren in allen Bezirksverhandlungen jeder Industrie ein ständiger Gast, weil die große Spannung der Ortsklassen zueinander nicht beruhigend war. Verschiedene Orte hatten mit ihren Anträgen Glück, d. h. sie kamen endlich nach langen Widerständen in eine höhere Ortsklasse.

Sehr schlecht schlossen die Kollegen in der Ziegel- und Zementware-Industrie mit ihren Lohnbewegungen ab. Zu dem Abgang der Produkte kam noch der Geldmangel. Unsere Mitglieder mußten sich deshalb teilweise anderweitig Arbeit suchen. Trotz aller Schwierigkeiten und Widerwärtigkeiten gelang es uns, den Lohn in der Spitze für die Männer von 33 auf 32 Pf. pro Stunde zu erhöhen, für die Frauen von 23 auf 24 Pf.

Langsam sind es ganz unzulängliche Löhne, insbesondere im Hinblick auf die in unserem Bezirk üblichen hohen Preise, die sich keineswegs erheblich von denen der anderen Bezirke unterscheiden. Die unzulänglichen Löhne werden zurückgeführt auf die Bezirksverträge, die unsere Bewegungsfreiheit hemmen. Möglich, daß dieser oder jener Ort mehr herauszuholen würde ohne Bezirksvertrag, aber nicht alle. Dies haben wir für einzelne Industrien erfahren, wo wir lange Zeit ohne Vertrag arbeiteten. Hier drängten uns die Kollegen wieder zum Abschluß eines Bezirksvertrages. Wir hätten auch bei den Bezirksverhandlungen besser abgeklärt, wenn unsere Organisation die notwendige Stärke in den einzelnen Industrien gehabt hätte.

Auch Streiks zu jagen, waren wir gezwungen. Dort, wo unsere Kollegen zusammenhielten und während des Streiks auf dem Posten waren, gewannen wir trotz der nicht ganz gen Wirtschaftslage den Kampf. Wo diese Geschlossenheit fehlte, haben wir ihn verloren. Besonders waren es die legendären Kommunisten, die unsere Kollegen in den Rücken stießen.

Die verschiedenen Kapitel bildet in unserem Bezirk die Haltung der Behörden zu den Gewerkschaften. Frühe Erfahrungen haben wir zu gemessen auf dem Gebiete der Verhandlungsverfahren und Schlichtungen von Betrieben. Insbesondere in Pommern sind Anträge auf Verhandlungserklärung erst nach Wochen erledigt und dann meist abgeschlehnt worden, weil kein allseitiges Interesse vorlag. Aber wenn die Unternehmer Anträge auf Verhandlungserklärung stellen, dann werden die Anträge schnell erledigt und auch geschlichtet. Wenn die Arbeitgeber dem amtlichen Schlichtungsausschuß mitteilen, daß sie nicht arbeiten, dann wurde dies so ohne weiteres geschlichtet, und weitere Anträge blieben einfach liegen. Verletzungen der Schlichtungsverordnung hatten wir besonders in der Papierindustrie zu verzeichnen. Raubmord, Hammermühle, Altdamm, Larnowke und Flederbörn spielen dabei ein besonderes Kapitel. Der Raubmord und Hammermühle ist bereits genügend geschildert. Dagegen wollen wir auf die Schlichtungsgeheimnisse von Larnowke und Flederbörn etwas näher eingehen.

uns in Frage kommenden Tätigkeitsgebieten unser Einfluß wieder wachsen. Um dieses Ziel zu erreichen, ist die Mithilfe aller Kolleginnen und Kollegen notwendig.

### Aus der Industrie

#### Chemische Industrie

Wiedereinführung der achtfündigen Arbeitszeit. Auf Grund der neuen Vereinbarung über die Arbeitszeit in der chemischen Industrie mußte in allen Betrieben, die eine Arbeitszeit über neun Stunden oder das Zweischichten-system eingeführt haben, ein erneuter Antrag auf Verlängerung des seitherigen Zustandes gestellt werden, wenn dieser über den 1. April hinaus bestehen bleiben soll.

Aus Hamburg wird uns gemeldet, daß bei Beratung des Antrages der Firma Traun Söhne, Gummi-fabriken Hamburg-Harburg auf Beibehaltung längerer Arbeitszeit in den in Frage kommenden Betrieben es möglich war, die achtfündige Arbeitszeit vom 1. April d. J. ab beschlußmäßig wieder festzulegen.

#### Papier-Industrie

Vom Arbeitsmarkt in Südamerika. Vor einiger Zeit gingen durch die Tagespresse Nachrichten, welche die günstige Arbeitsverhältnisse in der aufstrebenden südamerikanischen Papier-Industrie betonen, und auch in der Fachpresse wurden Stellen in südamerikanischen Papierfabriken angeboten.

Eine ganze Zahl von Betriebsleitern, Maschinenführern, Holländermüllern, Kalandern- und Querschneiderführern, Wasserzeichenerzeugern, ja sogar einige geübte Zählerinnen wandten sich in letzter Zeit an mich um Auskünfte über die Verhältnisse und Verdienstmöglichkeiten in Südamerika und Mexiko, ehe sie dorthin auswandern wollten.

Dies veranlaßte mich, bei meinen überseeischen Freunden Erkundigungen einzuholen! Da ich nicht die Zeit habe, um allen Fragestellern brieflich antworten zu können, will ich das Wichtigste der erhaltenen Mitteilungen hier in unserem angehängten Fachblatt veröffentlichen, um viele vor großen Enttäuschungen und materiellen Verlusten zu bewahren.

Es ist vollkommen richtig, daß der brasilianische Arbeitsmarkt der Papier-Industrie des Landes, welche sich in stetem Aufschwunge befindet, gefürchte, müllige und fleißige Arbeitskräfte aus Deutschland und Österreich gerne aufnimmt, aber ganz falsch ist es, wenn jemand ohne vorheriges festes Engagement auf gut Glück hinübergeht, in der mehr als vagen Hoffnung, in der Papierfabrik San Paulo oder sonstwo sofort Aufstellung und Verdienst zu finden. Insbesondere ist dies deshalb gerade jetzt ein sehr gefährliches Wagnis, weil der „Lloyd Brasiliens“ die bisher gewährten Freifahrts-gewährungen für Auswanderer im Einverständnis mit der brasilianischen Regierung aufgehoben hat, eine Maßregel, welche wegen der hohen Reisekosten schwer ins Gewicht fällt und jeden möglichen Rückweg für die allermeisten Leute abschneidet.

Nach den Mitteilungen des brasilianischen Bundes-kommars, Herr Oberst Gachter-Netto, an die Presse ist mit Freifahrten kaum vor 1927 zu rechnen. Man bringt das Verbot mit der Beteiligung deutscher Arbeiter an den letzten revolutionären Bewegungen in Zusammenhang, eine böse Sache, durch welche die Arbeiter ihren Landsleuten enormen Schaden zufügen!

Wer nach Brasilien ohne irgendwelche portugiesischen oder wenigstens spanischen Sprachkenntnisse geht, darf dies nur riskieren, wenn er sofort in ein deutsches Unternehmen aufgenommen wird. Dann erwartet ihn der Agent der Firma auf Landungsplatz, erledigt rasch und ohne große Spesen die Hafenformalitäten für den Betreffenden samt Gepäck und bringt ihn entweder sogleich in das Fabrikquartier, wo sich die Kollegen dann um den Mann kümmern und ihn einführen, oder der Agent pulvert ihn für eine Nacht in ein solides Gefängnis, wo einer der Kellner deutsch spricht.

Wespe d. h., der ohne diese Sprachkenntnisse auf dem Schiffe oder am Lande sich irgendeinem der sich anbietenden Landswärter anvertraut. Er ist in 90 von 100 Fällen verloren, denn diese Kerle sind alle elende Betrüger, Schwindler und Gauner, welche aus ihrer im Lande in Jahren hart erworbenen Kenntnis der Sprache, Sitten und Gebräuche dem un erfahrenen, offenherzigen und ungläubigen deutschen Landsmann gegenüber ein schamloses System reißerischer Ausbeutung anwenden, leider mit vollem Erfolge.

Ein besonderer Trick dieser Lumpenkerle besteht darin, dem ahnungslosen Landsmann klarzumachen, daß er sonndso viele Mühe für die Einfahrt seiner Habe zu zahlen hat, was ihm der gefällige Kollege durch seine Beziehungen wesentlich verbilligen könnte, wenn er ihn dabei etwas verdienen ließe. Mit Freuden händigt ihm der unglückliche Auswanderer den Betrag aus und erhält dafür eine amtliche Empfangsbekundigung, welche natürlich falsch ist, denn in Wirklichkeit ist die Einfahrt der Habe des Auswanderers in Brasilien frei und unterliegt keiner Abgabe.

Sind nun schon gereifte Männer allen möglichen Gefahren und Gefahren ausgesetzt, was soll ich erst noch sagen, wenn Zählerinnen, Sortierinnen nach drüben gehen, arme blinde deutsche Mädchen! Sie werden sofort nach der Landung mit unübersehlicher Gewalt auf die Bahn des Glucks und des Lasters gerissen, wenn nicht sogleich bei der Ankunft des Schiffes sich hilfsbereite, gewöhnliche Hände ihnen entgegenrecken, die sie vor den Wirbeln brasilianischen Hafens Lebens schützen.

Das, was ich vom brasilianischen Arbeitsmarkt sagte, gilt in gleicher Weise für Argentinien, Peru, Chile, Bolivien, Venezuela und Mexiko. Bezüglich Argentinien erinnere ich an das schreckliche Ende der Nation Gornitzky. In den schauerlichen Kämpfen

des Parana liegen, in über mannshohem Schilf vergraben, jene Inseln, auf welchen so viele Unglückliche ein unfaßlich elendes Dasein in fast tierischer Verkommenheit führen müssen, während Tausende ihrer ehemaligen Gefährten Allerbarmender Tod von ihren Leiden bereits erlöst. So mancher Papiermacher aus deutschen Landen ist dort verschollen.

Einen dringenden Warnungsruf vor übereilter Einwanderung erläßt in den letzten Wochen der Verband Deutscher Reichsangehöriger in Mexiko. Es ist dem Verbands nicht mehr möglich, den hilfsbedürftigen und schiffbrüchigen Deutschen, worunter sich zahlreiche Papiermacher befinden sollen, weitere geldliche Unterstützung zu gewähren. Der Verband hat 1924 bereits über 8000 mexikanische Dollar an in schrecklichste Not geratene Landsleute ausgezahlt.

Vielleicht haben diese Zeilen den Erfolg, unsere tüchtigen Kräfte im Lande zu behalten, wo es ihnen immer noch besser geht als in Südamerika!

Jug. E. Belani, Vilsack. (im „Wochenblatt für Papierfabrikation“).

#### Tarifamtssitzung der deutschen Papier-, Pappen-, Zellstoff- und Holzstoffindustrie am 23. April 1925 zu Charlottenburg.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gedenkt der Vorsitzende des Jahrs verstorbenen Herrn Kommerzienrat's R. A. u. e., der dem Tarifamt seit dessen Bestehen als Arbeitgebervertreter angehört. Er hebt die großen Verdienste hervor, die der Verstorbene sich um die Tarifgemeinschaft in der Papiererzeugungsindustrie erworben hat und spricht den Hinterbliebenen, der Firma und dem Arbeitgeberverband, gleichzeitig auch im Auftrage seiner Gewerkschaft, sein Beileid aus. Die Anwesenden erhoben sich zu Ehren des Verbliebenen von ihren Sitzen.

Einpruch der Zahlstelle Stolp des Fabrikarbeiterverbandes gegen die Arbeitszeitregelung bei der Varziner Papierfabrik. a) für den Betrieb in Hammermühle, b) für den Betrieb in Rathsdamm. Zu a): Der Antrag wird zurückgezogen. Zu b): Es wurde folgende Entschliessung gefaßt: Die Einführung des Zwei-Schichtensystems im Betriebe Rathsdamm ist erst vom Tage der Zustimmung der Betriebsvertretung an formell rechtmäßig geworden.

Antrag auf Lohnregelung für die Gruppe Pommern-Mecklenburg. Ein Spruch kommt wegen Stimmgleichheit nicht zustande.

Einpruch der Gewerkschaft Erfurt des Fabrikarbeiterverbandes gegen die Arbeitszeitregelung bei der Fa. C. F. Seydel (Tennstedt). Ein Spruch kommt wegen Stimmgleichheit nicht zustande.

Einpruch der Gewerkschaft Erfurt des Fabrikarbeiterverbandes gegen die Arbeitszeitregelung bei der Fa. Oskar Wötcher (Postendorf) für die Betriebe in Postendorf und Dornburg. Die Entscheidung wird vertagt. Zur nächsten Sitzung des Tarifamts soll Herr Hanemann geladen werden.

Einpruch der Gewerkschaft Erfurt des Fabrikarbeiterverbandes gegen die Arbeitszeitregelung bei der Fa. Oskar Dietrich (Weißensiefel). Wegen Stimmgleichheit kam ein Spruch nicht zustande. Die Arbeitnehmervertreter geben die Erklärung zu Protokoll, daß nach ihrer Auffassung ein Tarifbruch der Firma vorliegt.

#### Herr Kühnemann darf nicht!

Herr Kühnemann besitzt in Flederbörn und in Larnowke zwei kleine Pappfabriken. Um diese Betriebe selbst kümmert sich Herr Kühnemann wenig, denn er betreibt noch nebenbei Flachsbandel. Herr Kühnemann selbst ist ein ganz sozialer Herr, mit dem sich reden läßt und der sich rühmt, ein Demokrat zu sein. Der Schwiegerjohn des Herrn Kühnemann in Larnowke regiert über beide Betriebe als Direktor; aber er kann die Gewerkschaften nicht leiden.

Zwar fallen beide Betriebe unter den Bezirkslohnvertrag der Papierindustrie wie auch unter das Arbeitszeitabkommen. Aber das kümmert den Herrn Direktor nicht.

Eines Tages wird durch einen Betriebsleiter in Larnowke bekanntgegeben, daß die Leute im Betriebe in zwei Schichten arbeiten sollen. Der Betriebsratsvorsitzende erklärte in der Zeit der Enprüchsstufe dem Betriebsleiter, daß die Belegschaft nicht gemillt sei, in zwei Schichten zu arbeiten. Wir erhoben gegen die Einführung der zwei Schichten beim Sonderarbeitsamt Einspruch. Als der Termin stattfand, brachte Herr Kühnemann und sein Schwiegerjohn nicht den Betriebsratsvorsitzenden mit, sondern einen unorganisierten Maschinenführer. Dieser behauptete, daß der Betriebsratsvorsitzende keinen Einspruch erhoben habe. Die Frage des Vorsitzenden, ob der Direktor verteidigt werden soll und somit die Möglichkeit nicht bestanden hätte, beim Direktor selbst Einspruch zu machen, verneint der unorganisierte Maschinenführer. Darauf wurde der Einspruch zurückgewiesen und die Leute arbeiten jetzt ihre zwei Schichten. Dafür sorgte ein unorganisierter Maschinenführer.

Die Aussagen des Maschinenführers waren, gefunde ausgedrückt, nicht richtig. Der Herr Schwiegerjohn und Direktor war damals auf längere Zeit verreist, und der Betriebsratsvorsitzende konnte nur bei dem Betriebsleiter Einspruch erheben, welcher auch im Antrage des Direktors die zwei Schichten angeordnet hatte. Aber mit der Einführung der zwei Schichten war der Herr Schwiegerjohn noch nicht beschäftigt. Eines Tages wurde der Betrieb ohne vorherige Anmeldung stillgelegt, weil angeblich kein Absatz vorhanden war.

Wir wandten uns darauf an die Gewerbeinspektion, welche auch Herrn Kühnemann gehörig zurechtstufte, denn der Herr Schwiegerjohn war nicht anwesend. Herr Kühnemann mußte nun dem Gewerbeamt versprechen, alle Leute wieder einzustellen. Herr Kühnemanns Schwiegerjohn aber dachte: Was mein Schwiegerpapa verspricht, brauche ich noch lange nicht zu halten. Der Betrieb wurde nach einiger Zeit wieder aufgenommen, aber unsere Verhandlungsinstanz kam in den Betrieb nicht wieder hinein. Das waren Leute, welche bereits 15, 20 und 25 Jahre im Betrieb gearbeitet haben.

Der Herr Schwiegerjohn hatte sein Ziel erreicht. Er war die Letzte los, welche immer mit der Gewerkschaft korrespondierten. Die Gewerkschaften mußten dann so allehand unersicheren. Die Gewerkschaft ersuchte darauf, Herr Kühnemann, mit noch Larnowke zu fahren, um die Angelegenheit in Gegenwart seines Schwiegerjohns zu regeln. Hier verweigerte Herr Kühnemann, versprach aber, die Angelegenheit zu untersuchen. Wir sollten dann scheidbar erheben. Wir warteten bis 11 Uhr vergeblich auf Antwort. Als wir nach einiger Zeit Herrn Kühnemann telefonisch fragten, ob die Leute wieder eingestellt würden, bekamen wir zu Antwort, daß er es sich überlegen müßte, ob man den Betrieb in Larnowke nicht wieder schließen werde, weil nichts zu tun sei. — Aus Larnowke bekamen wir jedoch den Befehl, daß soviel Aufträge wie jetzt noch in vorhanden gewesen sind.

Herr Kühnemann darf nicht, weil sein Herr Schwiegerjohn es nicht will, denn sonst wäre schon längst die Möglichkeit vorhanden gewesen, sich mit uns zu verständigen.

Industrie der Steine und Erden

Die Akkordarbeit in der Ziegel-Industrie.

Die Unternehmer in der deutschen Ziegel-Industrie stehen allgemein auf dem Standpunkt, daß eine Produktionssteigerung nur durch Arbeitszeitverlängerung zu erreichen ist.

Nun versucht man auf einem anderen Wege zum Ziele zu gelangen. Produktionssteigerung und Produktionsverbilligung sind die Schlagworte, die man überall bei den Unternehmern hören kann.

Die Nachteile der verlängerten Arbeitszeit und der veralteten Technik sollen durch niedrige Löhne und geringe Akkordhöhe in diesem Jahre ausgeglichen werden.

Der Arbeitgeberverband der rheinischen Ziegel-Industrie hat sich besonders zur Ausgabe gemacht, darüber zu wachen, daß bei der Festsetzung der Akkordhöhe die von den Unternehmern aufgestellten Grundzüge in jedem Falle beachtet werden.

Die Portlandzementfabrik Germania in Nisburg (Hannover) legt für 1924 einen Abschluß vor, der nach verschiedenen Eisen für die Entwicklung unserer Gewerkschaftsliteratur kennzeichnend ist.

Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung.

Internationale Gewerbehygiene-Konferenz.

Im März kamen im Völkerbundamt in Genf zehn Spezialisten industrieller Hygiene zusammen, um in einem Kurzus Belehren über wichtige Streitpunkte der industriellen Hygiene zu erhalten.

An dieser Meldung ist bemerkenswert, daß Deutschland mit seinem hohen Stand der Gewerbehygiene nicht vertreten war. Es wäre wünschenswert, zu erfahren, ob Deutschland zu der Konferenz eingeladen war und durch das Verhatten irgendwelcher Gruppen von der Teilnahme abgehalten worden ist.

Arbeitspausen und Produktivität.

Die neueren arbeitsphysiologischen Untersuchungen sprechen nicht nur für die hygienische, sondern auch für die produktionssteigernde Notwendigkeit der Arbeitspausen.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Gewerkschafts-Imperialismus.

Nicht mehr lediglich praktische, im Interesse der Organisierten liegende Gründe allein scheinen die Form der Organisationen bestimmen zu sollen, sondern sehr stark auch das Streben nach Macht und Herrschaft.

Die 'Verbands-Zeitung', das Organ des Verbandes der Lebensmittel- und Geträckerarbeiter Deutschlands, wie sich der Brauerei- und Mühlenarbeiter-Verband jetzt nennt, bringt die Anträge der Zahlstellen zu dem am 13. Juni zusammen tretenden Verbandstag.

Kartelle, Syndikate, Truste.

In letzter Zeit wurde wiederholt nach Literatur gefragt, die auf den in der Überschrift genannten Gebieten orientieren. Einem der besten allgemein orientierenden Werke dürfte sein: Kieffmann, Robert: Kartelle und Truste.

Eine umfangreiche Literatur dieser Art behandelt vorwiegend bestimmte Industriegruppen. Soweit solche in den Bibliotheken vorhanden sind, können sie als praktische Beispiele zur Orientierung mit benutzt werden.

Berichte aus den Zahlstellen.

Rosenheim. Die Betriebsrätewahl bei der Firma F. P. Hamberger, Säbholzfabrik. Als es im Jahre 1923 dem kapitalistischen Unternehmern gelungen war, durch Überholen der Weltmarktpreise für die deutschen Produkte eine Absatzsteigerung

herbeizuführen und dadurch ein millionenstarkes Arbeitslosenheer zu schaffen, da war es auch die Firma F. P. Hamberger, Säbholzfabrik, Rosenheim die in echt national-chimergaunärdlich-monarchistischer Weise eine Woche vor Weihnachten 1923, ohne Beachtung der gesetzlichen Vorschriften über Betriebsräteorganisationen, einen großen Teil ihres werbetriebs stilllegte und bei der größten Kälte ca. 200 Arbeiter und Arbeiterinnen auf die Straße setzte.

Wallerfangen. Hier gehen die Geistlichen erneut wieder dazu über und weisen die Arbeiter aus dem Reichsrat, wenn sie Mitglieder der freien Gewerkschaften sind. Sie werden aufgefordert, aus den freien Gewerkschaften herauszutreten und in die christlichen Gewerkschaften einzutreten.

Genossenschaftsbewegung.

Die Verbraucher und die Überfüllung des Handels.

In den Mitteilungen der Handelskammer zu Lübeck schreibt der Direktor des Statistischen Landesamts, Herr Dr. Hartwig, über die Überfüllung im Lübecker Handel.

Die Bevölkerung wuchs in den letzten elf Jahren nur wenig, und ihre Kaufkraft sank bekanntlich so erheblich, daß unsere Einwohnerkraft trotz geringerer Kopfzahl zweifellos im Jahre 1914 kaufkräftiger war, als sie es heute ist.

Das ist eine Erscheinung, die sich in ganz Deutschland bemerkbar gemacht hat und an der wohl niemand Freude haben kann. Der Kaufmannsstand spürt in schwerer Zeit eine verschärfte Konkurrenz.

Wir haben also eine durchaus ungeunde Entwicklung unserer Wirtschaft vor uns, und eine Besserung kann nur dadurch kommen, daß die Wirtschaft ihre überflüssigen und schädlich wirkenden Elemente wieder ausstößt.

Die Verbraucher können zu der gerade in ihrem Interesse so dringend notwendigen Reinigung durch Aufhebung der Konsumgenossenschaften am meisten beitragen. Sie haben es ganz in der Hand, ob sie weiter unnütze Lasten schleppen wollen.

Rundschau.

Reichspräsidentenwahl.

Bei der entscheidenden Abstimmung am 28. April wurden 30 345 540 gültige Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf: Hindenburg 14 639 399 (11 709 898), Marx 13 752 640 (13 258 628), Thälmann 1 931 591 (1 871 815). Zerplittert sind 21 910 Stimmen.

Hindenburg ist somit zum Reichspräsidenten gewählt. (Die in Klammern beigefügten Zahlen bedeuten die Resultate des ersten Wahlganges am 29. März 1925.)

Die Arbeitgeberverbände 1923/24.

Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände hat ihren Geschäftsbericht für 1923/24 herausgebracht. Über das Organisationsverhältnis resp. über die Mitgliedschaft sind folgende Angaben gemacht: Angeschlossene Reichsverbände 45, Bezirksverbände 80, Ortsverbände 65, mittelbar angeschlossene Unterverbände 1268, zusammen also 1458 Verbände. Angaben über die Zahl der bei diesen beschäftigten Arbeiter fehlen. Auch über die Finanzen der Arbeitgebervereinigung ist nichts gesagt.

Über einige für unseren Verband als Agitationsgebiet in Frage kommende Berufszweige sind folgende Mitgliederzahlen angegeben:

Table with 4 columns: Reichsverbände, Bezirksverbände, Ortsverbände, Unterverbände. Rows include Chemische Industrie, Sie und Zette, Nahrungs- und Genussmittel, Papierindustrie, Steine und Erden.

Von den hier genannten Berufszweigen sind demnach der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände 214 Verbände als Mitglieder angeschlossen.

Im übrigen bietet der Jahresbericht sehr viel Stoff zu kritischen Betrachtungen, so z. B. die Darlegungen über Sozialpolitik, Lohnpolitik, Arbeitszeitfrage usw. Der Standpunkt der Unternehmer in diesen Fragen ist aber zu bekannt, als daß er einer übermäßigen besonderen Hervorhebung bedürfte.

Daß die Werke ihr besonderes Lob von den Unternehmern erhalten, ist selbstverständlich. Wer die gute Presse zu verfolgen Gelegenheit hat, der muß gestehen: dieses Lob ist wohl verdient.

Ferienveranstaltungen für die Arbeiterkassen.

Der Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit veranstaltet in diesem Jahre wiederum eine Reihe von Ferienveranstaltungen, die wir der Arbeiterkassen zur besonderen Beachtung empfehlen. In sechs geeigneten Orten, im Ost- oder an der See, finden unter Leitung hervorragender sozialistischer Wissenschaftler Ferienkurse statt. Die in zwangloser Form Gelegenheit zur geistigen Vertiefung bieten. Verbunden mit diesen Kursen sind Ausflüge und gesellige Zusammenkünfte, die der Pflege des sozialistischen Gemeinschaftslebens dienen. Neben den Kursen sind ferner eine Reihe sozialer Stadterweiterungen im Ja- und Ausland unter fachmännischer Führung vorgesehen. Bei den Reisen ins Ausland werden Sprachkenntnisse nicht verlangt. Die Kosten für die Veranstaltungen sind bei bester Verpflegung und Unterbringung so niedrig wie möglich gehalten. Bei der Zusammenstellung der Veranstaltungen ist auf alle Ansprüche Rücksicht genommen worden.

1. Ferienkurse:

- Prof. Anna Steiner: Sozialismus und Erziehung vom 15. bis 21. Juni im Fürstentum der Odenwald (Vergersgraben).
Rechtswissenschaftler: Der Sozialismus in Vergangenheit und Gegenwart vom 22.-27. Juni, Jugendburg Hespeler i. d. Schweiz.
Joseph Leopold Stern-Wieser: Arbeiterbildung und Arbeiterbewegung vom 2.-27. Juni, Kurhaus Bad Nauheim bei Atrane (Hessenschlief).
Prof. Leo Schuler: Sozialismus und Kunst vom 29. Juni bis 4. Juli, Giesbach, Hotel Giesbach.
Ferienkurse A. Wolff: Die Lebenswelt des Industriearbeiters vom 29. Juni bis 4. Juli, Burg Alzenau im Odenwald (Hessen).
Eugene Graf-Castellan: Moderne Probleme des Sozialismus vom 29. Juni bis 4. Juli, Haus Münden (Wesergebiet).
Joseph Leopold Stern-Wieser: Arbeiterbildung und Arbeiterbewegung vom 27. Juli bis 1. August, Freiburg i. S. (Baden).
Dr. Karl Renner-Wieser: Staat und Sozialismus vom 2. bis 4. August, Landesjugendheim in Gießen a. d. Pfalz (Hessen).
Ferienkurse A. Wolff: Die Lebenswelt des Industriearbeiters vom 11.-22. August, Muesenbürg i. Harz.
Prof. Dr. Erik Hoffing: Einleitung in die Politik vom 7. bis 12. September, Sebnitz, in der Kurhannoverschen Heide.
Dr. Heller-Lippig: Einführung in die Politik vom 7. bis 12. September, Witz, auf der Insel Hiddensee (Pommern).

2. Ferienreisen ins Ausland:

- Prof. Englund: (Rostock, London, Oxford) vom 31. Juli bis 8. August.
Dachau: (Koppenhagen, Christiania, Bergen, Besuch der norwegischen Fischer, Rückreise zur See nach Hamburg) vom 27. Juli bis 9. August.
Prof. Dänemark: (Köpenhagen, Kopenhagen, Helsingør) vom 9. bis 17. August.
Prof. der Schweiz: (Zürich, Luzern, Bern, Schaffhausen, Basel) vom 21. Juli bis 4. August.
Prof. in: (Zürich, Bern, Schaffhausen) vom 18.-25. August.
Prof. in: (Zürich, Bern, Schaffhausen) vom 18.-25. August.
Prof. in: (Zürich, Bern, Schaffhausen) vom 18.-25. August.
Prof. in: (Zürich, Bern, Schaffhausen) vom 18.-25. August.
Prof. in: (Zürich, Bern, Schaffhausen) vom 18.-25. August.
Prof. in: (Zürich, Bern, Schaffhausen) vom 18.-25. August.
Prof. in: (Zürich, Bern, Schaffhausen) vom 18.-25. August.
Prof. in: (Zürich, Bern, Schaffhausen) vom 18.-25. August.
Prof. in: (Zürich, Bern, Schaffhausen) vom 18.-25. August.

Die letzten fünf's etwas kosten!

Der deutsche Gewerkschaftsbund unterhält einen Fonds zur Bekämpfung der Unruhen der Arbeiterbewegung, in den die einzelnen Gewerkschaften je nach ihrem Umfang bestimmte Beiträge zu leisten haben. Nach einer sehr ausführlichen Berechnung fließen dem Fonds jährlich mindestens anderthalb Millionen Mark zu.

dieser Riesensumme soll dem Volke begreiflich gemacht werden, daß es vom Alkohol nicht lassen darf. Wie gut muß das Geschäft gehen, wenn das Braukapital so nebenbei Millionen hinauswerfen kann, um die Aufklärung über eine der schlimmsten Volkspein zu unterbinden!

Die staatsgefährlichen Arbeiter-Abstinenten.

Die Deutschösterreichische Freiheitspartei des Preussischen Landtags hat an die Regierung die folgende Kleine Anfrage gerichtet:

Dem Arbeiter-Abstinenten-Bund fließen dauernd staatliche und kommunale Gelder sowie solche aus Wohlfahrts-Einrichtungen zu. Da dieser Bund eine ausgesprochen sozialdemokratische Organisation darstellt, welche in schärfster Weise Klassenkampf und Klassenhaß predigt und auch die Jugend in diesem Geiste erzieht, so fragen wir das Staatsministerium:

Wie rechtfertigt es die Zuwendungen öffentlicher Gelder an diese Organisation?

Die Beibehaltung, der Arbeiter-Abstinenten-Bund erhalte öffentliche Gelder in überreichlichem Maße, ist eine gewaltige Übertreibung. Der Bund erhält wie alle alkoholgegnerischen Vereine nur einen mäßigen Zuschuß vom Reich. Aber es ehrt die Arbeiter-Abstinenten, daß sie sich den Groll der Deutschösterreichischen zugezogen haben. Der Kampf der sozialistischen Alkoholgegner muß ja diese wütenden Arbeiterfeinde in Empörung versetzen. Denn je nächster der das Proletariat ist, um so früher wird es mit den Reaktionsären fertig werden.

Die amerikanische Rothhaut

hat die Gefahr des Aussterbens überwunden.

Allerdings sind es wesentlich andere Vertreter ihres Stammes geworden, als wir sie nach unsern Indianerbüchern kennen. Eine elegant angezogene Rothhaut ist heute keine Seltenheit mehr, und 'Der rote Adler' oder 'Der flammende Pfeil' haben es zu Direktoren von Petroleumgesellschaften gebracht. Einer der letzten, der die Indianer noch in ihrer vollen Urvogelbarkeit sah, war wohl Prinz Max zu Wied, dessen Erlebnisse in dem Büchlein 'Unter den Rothhäuten' niedergelegt sind (Sammlung Reisen und Abenteuer, Brockhaus, Leipzig, geb. 2,50 Mk.). Derselben Indianer schicken heute ihre Töchter auf die Universität und huldigen im Ballsaal den jüngsten Tanzmoden. Die Stellung der Amerikaner zu den Indianern ist gerade umgekehrt wie früher. Sie lassen es sich nicht geringe Gelder kosten, um die spärlichen Überreste berühmter Stämme zu erhalten, die sie einst mit grausamen Methoden auszurotten trachteten.

Literarisches.

'Stürmer gegen das Philistertum' von John Schikowski, Verlag von J. H. W. Diez Nachf., Berlin. Preis 2 Mk.

Kleine Skizzen sind es aus dem Leben von Männern, die gegen das Philistertum rebellierten. Einer von ihnen ist der Dichter Christian Dietrich Grabbe, der in einer Periode der müden Unpotenz und philistischen Borniertheit lebte, gegen das übermächtige Philistertum kämpfte und in diesem Kampf zugrunde ging. Adolf Glasbrenner versetzt uns in die 40er Jahre, in die Zeit, da es noch ein revolutionäres Bürgertum gab, dem er die Waffe des Witzes und der Satire für den Kampf um Freiheit und Republik leihete.

Zwischen dem aristoaratischen Individualismus Friedrich Nietzsche und der sozialistischen Demokratie glaubt Schikowski Weg und Brücke zu sehen, weil beide zu demselben letzten Ziel führen: eine höhere Kultur und ein neues Menschengeschlecht zu schaffen.

Von dem Epistler Otto Erich Hartleben, der schon auf der Schulbank ein Stürmer gegen das Philistertum war, wird eine lebendige Schilderung seiner Jugendtage entworfen. Zum Schluß erzählt Schikowski noch eine kausale Geschichte von Velleo von Silenktion, wie er in Leipzig in die 'Moralische' kam und welches Ende dieser Erziehungsversuch an dem 49jährigen Jüngling nahm.

Drittes Jahrbuch des Internationalen Gewerkschaftsbundes, 1925, herausgegeben vom Internationalen Gewerkschaftsbund in Amsterdam. 550 Seiten, Preis 10 Mk. - In beziehen durch den Buchhandel oder von der Verlagsabteilung des Internationalen Gewerkschaftsbundes, Telfschodeplein 31, Amsterdam.

Joseph Roth: April. Verlag J. H. W. Diez Nachf., Berlin. Preis 1,70 Mk. Die Geschichte einer Liebe. Da ist Anna, das Mädchen im Café, eine der Frauen, deren Güte wie ein verführerischer Quell aufsteigt, fruchtlos, aber unermüdlich, jedesmal gegen die Oberfläche ansetzt, und weil ein Ausweg nicht möglich, nach der Tiefe gedrängt, verborgene Schätze gräbt bis zum Verfall. Und neben im Posthaus schon die fidele Tochter des Postdirektors jeden Morgen zum Fenster heraus. Ein Mann steht zwischen diesen beiden Frauen. Die eine liebt er, nach der anderen verzehrt er sich in Sehnsucht. Und um der einen willen, die ihm verfaßt bleibt, verläßt er die andere. Der kleine Roman ist ein Kabinett-Stückchen.

Die Tragödie Trojki. Mit Aufzeichnungen und Beiträgen von P. Aretsch, A. Gelabunoff, O. Bauer, E. Bernstein, Lenin, Radek, Simonow, Stalin, Trojki u. a. m. Herausgegeben von G. Dimitrieff. Kartenspiel 1,20 Mk., gebunden 2,00 Mk. E. Leubische Verlagsgesellschaft G. m. b. H., Berlin W 30.

Das Schicksal Trojki's, der nach Erscheinen seines Buches 1917, die Lehren der Revolution seiner jämmerlichen Posten in der Russ. Revolution. Da einhoben wurde, ist so einseitig und sein Satz vor so eminent politischer Bedeutung, daß es sich lohnt, über die wirklichen Ursachen seines Scheiterns Klarheit zu erhalten. Die vorliegende Schrift, die Meinungsäußerungen und Urteile der berühmtesten Vertreter der sozialistischen und kommunistischen Internationalen über den Fall Trojki enthält, ist deshalb für den westeuropäischen Politiker und Sozialisten, Gewerkschaftler und Gewerkschaftler so aufschlußreich, weil sie einen Überblick der gegenwärtigen Lage Russlands auf politischem, sozialem und ökonomischem Gebiete gibt, der ganz klar auch die sozialistischen Gründe der Bekehrung Trojki's aus der eifrigen Politik Russlands und damit der Welt konstatiert. Für den westeuropäischen Sozialisten ergibt sich aus den Darlegungen unserer Schrift, daß Trojki sein letzter bedeutender Gegensatz in Russland war.

In der Hitze der Festtage, von Felix Fechenbach, Verlag J. H. W. Diez Nachf., Berlin. Preis 3,30 Mk.

Am 22. Oktober 1922 wurde Felix Fechenbach vom Münchener Volksgericht zu 11 Jahren Zuchthaus verurteilt. Der blindwütige Haß des ungarischen Bayern hat den Revolutionär Fechenbach, den Sekretär Kurt Eisners, in die Arme der weißblauen 'Gerechtheit' getrieben, und der Richter Haß hat das Urteil gesprochen.

Der Saß des Hasses ist reiche Menschenliebe entpfließen. Felix Fechenbach löst aus seinen Zuchthauserlebnissen heraus ein Buch, das kostbarstes Denken und Handeln aller menschlichen Jahrhunderte zur Erläuterung des jammervollen, körper und Seele verdarbenden Loses der Zuchthausgefangenen förmlich enthält und nun. Dies erreicht Fechenbach in seinem Buche: 'Im Haus der Fremden'.

Der Weg zur Gesundheit. Von Geheimrat Beerwald. 223 Seiten. Preis gebunden 2,00 Mk. (Marx Hesses Verlag, Berlin W 15.) Durch den Krieg und die dazwischenliegenden Jahre hat die deutsche Volksgesundheit erheblichen Schaden gelitten. Wie wir nun den Weg zur Gesundheit und damit zum Lebensglück paratfinden können, was wir tun und lassen müssen, um uns gesund zu erhalten oder es zu werden, das bringt in vorbildlicher Weise das Buch des bekannten Berliner Hygienikers. Es begleitet uns durch alle unsere ganzem Lebenswege von der Wiege bis ins Greisenalter und gibt auf jeder Seite beherzigenswerte und leicht ausführbare Ratschläge für unser Wohlbefinden. Wie und warum wir uns erhalten sollen, wie wir Herz- und Stoffwechsel-

krankheiten vermeiden, die Pflege der jungen Mutter und des Kindes, ob und welchen Sport wir treiben sollen, Pflege des äußeren Menschen, Schlaf, Hygiene der geistigen Arbeit, Segen und Nutzen des Alkohols, das sind so etwige der behandelten Themen.

Vom gesunden und kranken Herzen von Univ.-Prof. Dr. Kerschsteiner, München; 122 Seiten, 18 Abbildungen. Preis gebunden 1,85 Mk. Marx Hesses Verlag, Berlin W 15.

Nach einer kurzen anatomischen Einleitung bespricht der bekannte Münchener Herzspezialist die einzelnen Formen der Herzkrankheiten (Klappenfehler, Entzündungen, nervöse Störungen), verbreitet sich über die Gefäßkrankungen, unter denen die Arterienverkalkung zu den zum Teil mit Unrecht gesüchteten gehört, bespricht die Folgezustände und Beschwerden der Herzkrankheiten (Atemnot, Herzbeben, Pulsunregelmäßigkeiten usw.) und behandelt erschöpfend die Ursachen der Herzstörungen wie Gelenkrheumatismus und Gifte (Alkohol, Tabak, Kaffee usw.). Ein eigenes Kapitel ist der so häufigen Neurasthenie und Folgeerscheinungen gewidmet. Den Beschluß bilden beherzigenswerte Ratschläge als Frucht langjähriger Erfahrung. Ein empfehlenswertes Buch. S-e.

Natur und Liebe, Zeitschrift zur Begründung, Verbreitung und Vertiefung der Religion des Sozialismus. Herausgegeben von Dr. Gustav Hoffmann. Jahrgang 6, Heft 1. Inhalt: Glaube, Easalles weltgeschichtliche Bedeutung, Religion der Kraft, Epische oder Revolutionär? Dogma und Freiheit, Schöpfung des Wunders: Religion des Sozialismus. Preis für 3 Hefte 90 Pf. Verlag für sozialistische Lebenskultur, Hannover, Jordanstraße 1.

Verbandsnachrichten.

Meldungen für die Arbeiterhochschulen.

Im August d. J. beginnt in der Heimvolkshochschule ein Männerkurs und im Oktober eröffnen die Arbeiterakademie in Frankfurt und die Wirtschaftsschule in Berlin ihre Lehrgänge.

Der Besuch vor allem der der Arbeiterakademie und der Wirtschaftsschule setzt eine bestimmte Vorbildung voraus, die sich die einzelnen Bewerber durch Besuch von Kursen oder Selbststudien erwerben haben müssen. Sie sollen das 35. Lebensjahr nicht überschritten haben und mindestens 3 Jahre Mitglied unseres Verbandes sein. Wir fordern unsere Kolleginnen und Kollegen auf, bei denen die Voraussetzungen erfüllt sind und die auf die Teilnahme an einem der Lehrgänge reflektieren, ihre Bewerbungen bis zum 27. Juni beim Hauptvorstand einzureichen. Die Bewerbungen müssen Angaben über Lebenslauf, Bildungsgang, Berufstätigkeit und bisherige Wirksamkeit in der Arbeiterbewegung enthalten.

Ferner ist ein Aufsatz über die Bedeutung einer gründlichen Bildung der Gewerkschaftsfunktionäre für die allgemeine Arbeiterbewegung beizufügen.

Die Bewerber und ihre Angehörigen erhalten eine noch zu vereinbarenden Entschädigung für die Dauer der Lehrgänge. Sie müssen sich verpflichten, während dieser Zeit keinerlei Nebenbeschäftigung anzunehmen, sondern ihre ganze Kraft und Zeit dem Studium zu widmen.

Um Irrtümern zu vermeiden, sei von vornherein betont, daß den Besuchern der Schule keinerlei Anrecht auf eine Einstellung in der Gewerkschaft gewährleistet werden kann.

Anträge zum Verbandstag

müssen - wie im 'Proletarier' Nr. 12 bereits mitgeteilt - bis zum 14. Mai in den Händen des Hauptvorstandes sein. Der Termin ist also in einigen Tagen abgelaufen. Im § 31 Ziffer 10 des Statuts sind die entsprechenden Bestimmungen enthalten, nach denen sich Mitglieder sowohl wie auch die antragsberechtigten Verbandskörperschaften richten müssen.

Ausgeschlossen

aus dem Verbands wurde das Mitglied der Zahlstelle München Johann Radpieler, geboren am 23. Februar 1878 zu Moosburg, eingetretten in München am 20. Januar 1919, Buch-Nr. 803 668, wegen Ekstrebruchs.

- Die Abrechnung für das erste Quartal haben eingekandt:
Gau 1: Goslar, Peine, Schwarmstedt.
Gau 2: Esterwerda, Gr.-Ammensleben, Leimbach, Dommitzsch, Gr.-Rottmerleben, Harzgerode.
Gau 3: Berlin, Gr.-Befen, Havelberg, Herzfelde, Oberberg, Rüdersdorf, Sommerfeld, Zehdenick, Wriezen, Potsdam.
Gau 4: Duderow, Friedland, Fürstenberg, Körlin, Schwerin, Stavenhagen, Larnowke, Lessin, Neufestitz, Schwaan, Döberan, Oranienburg.
Gau 5: Deutsch-Cybin, Elbing, Jüterburg, Königsberg.
Gau 6: Pommern.
Gau 7: Ellich, Rodach, Weimar.
Gau 8: Markatroditz, Schweinfurt.
Gau 9: Kempten, Neuburg, Trostberg, Ehlingen.
Gau 10: Freudenstadt, Gerabronn, Heidenheim, Karlsruhe, Offenburg, Pforzheim, Reutlingen, Stuttgart.
Gau 11: Bruchsal, Ludenurg, Orbis, Zweibrücken.
Gau 12: Rumbrecht.
Gau 13: Marne, Rabeburg.
Gau 14: Duisburg, Hagen.

Männliche Arbeiter

aller Berufe

die gewillt sind, sich gegen Not in Krankheitsfällen zu versichern, können in die

Meißner Zuschusskasse

eintreten.

Die Meißner Zuschusskasse, 1873 gegründet, ist eine der ältesten Kassen Deutschlands dieser Art. Sie untersteht dem Reichsausschuß für Privatversicherung. Krankengeld wird von ihr, je nach der Dauer der Mitgliedschaft, bis zu einem Jahre gezahlt.

Der wöchentliche Beitrag beträgt gegenwärtig in den einzelnen Klassen 30 Pf., 40 Pf. bzw. 70 Pf.

Im wöchentlichen Krankengeld wird gezahlt: 5,10 Mk. in der I. Klasse, 6,90 Mk. in der II. Klasse, 8,40 Mk. in der III. Klasse und 12 Mk. in der IV. Klasse.

Beim Ableben eines Mitgliedes erhalten dessen Hinterbliebene ein Sterbegeld bis zu 105 Mk., je nach der Dauer der Mitgliedschaft und der Alterszugehörigkeit.

Die Kasse zählt gegenwärtig rund 50 000 Mitglieder in gegen 650 Verwaltungskassen.

Die Meißner Zuschusskasse unterhält keine Agenten; sie wird vielmehr von ihren Mitgliedern selbst verwaltet. Sind mindestens 20 Mitglieder an einem Orte vorhanden, so kann eine örtliche Verwaltungskasse errichtet werden. Solange die Mitgliederzahl an einem Orte die 20 noch nicht erreicht hat, unterstehen die vorhandenen Mitglieder direkt der Hauptverwaltung.

In näherer Auskunft ist die Hauptverwaltung der Meißner Zuschusskasse in Meißner (Sachsen), Marktstr. 5, jederzeit gern bereit. [16 Mk.]